

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

Postulat Fraktion SP/JUSO (Benno Frauchiger, SP): Elektroautos statt Benzinkutschen – auch für MieterInnen von Abstellplätzen; Fristverlängerung

In der Stadtratssitzung vom 6. Juni 2019 wurde das folgende Postulat der Fraktion SP/JUSO erheblich erklärt:

Fahrzeuge mit Elektromotoren sind wesentlich energieeffizienter als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren. Sie sind ausserdem abgasfrei, reduzieren den Verkehrslärm, schonen global das Klima und lokal die Gesundheit der Stadtbevölkerung. Und sie werden immer besser und attraktiver. Verschiedene Hersteller bringen mittlerweile Modelle mit Reichweiten von über 300km auf den Markt, womit sie für den Alltagsgebrauch ein vollwertiger Ersatz für thermisch angetriebene Fahrzeuge sind. Durch das tägliche, bzw. nächtliche Laden an der Steckdose entfällt zudem die Notwendigkeit einer regelmässigen Fahrt zur Tankstelle.

Damit ein tägliches Laden und damit ein zuverlässiger Betrieb von Elektrofahrzeugen möglich ist, braucht es jedoch die passende Infrastruktur bei den Abstellplätzen. Die Mehrheit der AutohalterInnen in Bern besitzen keinen eigenen Parkplatz, sondern nutzen den öffentlichen Raum oder mieten einen Abstellplatz in einer Gemeinschaftsparkieranlage. Als MieterInnen können sie nur beschränkt auf die Parkplatzinfrastruktur Einfluss nehmen, womit ein grosses Hindernis, wenn nicht gar die Unmöglichkeit besteht, ein thermisches Fahrzeug mit einem elektrischen Fahrzeug zu ersetzen. VermieterInnen von Parkplätzen wiederum haben wenig Anreiz, Abstellplätze mit Ladestationen auszurüsten, solange ihre MieterInnen thermische Fahrzeuge betreiben. Das Dilemma kann eigentlich nur dadurch gelöst werden, indem auch Ladestationen installiert werden, wo noch keine Elektrofahrzeuge stehen.

Um auch MieterInnen von Abstellplätzen einen unkomplizierten Zugang zur Elektromobilität zu ermöglichen und eine Alternative zu fossilen Treibstoffen zu ermöglichen, fordern wir den Gemeinderat auf zu prüfen:

1. Mit welchen Anreizen die Stadt Bern in privat betriebenen Gemeinschaftsparkieranlagen die Nachrüstung von vermieteten Autoabstellplätzen mit Ladestationen fördern kann
2. Welche Möglichkeiten im Rahmen von Überbauungsordnungen, Baurechtsverträgen oder der Bauordnung bestehen, um bei der Erstellung von neuen gemeinschaftlichen Parkieranlagen einen Mindestanteil an Abstellplätzen mit Ladestationen vorzuschreiben, und gegebenenfalls dem Stadtrat entsprechende Vorlagen zu unterbreiten
3. Was für ein Vorgehen am zweckmässigsten ist, um die Anzahl verfügbare Abstellplätze mit Lademöglichkeit in den Quartieren zu erhöhen.

Bern, 12. Januar 2017

Erstunterzeichnende: Benno Frauchiger

Mitunterzeichnende: Martin Krebs, Timur Akçasayar, Ingrid Kissling-Näf, Michael Sutter, David Stampfli, Barbara Nyffeler, Edith Siegenthaler, Halua Pinto de Magalhães, Fuat Köçer, Johannes Wartenweiler, Bettina Stüssi, Nora Krummen, Patrizia Mordini, Marieke Kruit, Rithy Chheng, Yasemin Cevik, Katharina Altas, Peter Marbet, Mohamed Abdirahim, Tamara Funicello

Bericht des Gemeinderats

In seinen Antworten auf das vorliegende Postulat und vier weitere Vorstösse zur Förderung der Elektromobilität¹ hat der Gemeinderat dargelegt, dass er der Elektromobilität grundsätzlich positiv gegenübersteht.

In der Stadt Bern betreibt ewb heute an 17 Standorten Normalladestationen (42 Ladepunkte 11 – 22 KW AC) und an vier Standorten Schnellladestationen (8 Ladepunkte > 50 KW DC ODER 43 KW AC). ewb wird den Ausbau des öffentlich zugänglichen Ladenetzes in der Stadt Bern in den nächsten Jahren weiter vorantreiben. Potenzielle Standorte für Ladepunkte werden nach verschiedenen Kriterien, (z.B. Erreichbarkeit, Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten, zu erwartende Frequenzen, Erschliessung mit Strom) bewertet und bei positivem Bewertungsergebnis erschlossen. Nachdem das heutige Grundangebot mit 50 Ladepunkten geschaffen ist, wird die künftige Planung rollend und nachfrageorientiert unter Berücksichtigung der oben erwähnten Kriterien erfolgen. Diese Vorgehensweise ermöglicht es auch, relativ kurzfristig auf politische Vorgaben reagieren zu können.

Liegenschaftsbesitzende werden durch ewb ermutigt und mit einem Förderbeitrag zur Einrichtung von privaten Ladestationen unterstützt. Kunden im Stromversorgungsgebiet von ewb profitieren von einem Beitrag aus dem Berner Ökofonds von Fr. 500.00, wenn die privat erstellte Ladestation eine OCPP-Schnittstelle hat und über ewb bezogen wird. Der Ökofondsbeitrag kann für maximal fünf Ladestationen pro Standort ausgerichtet werden. Geprüft werden zudem Verbesserungen bei der Lade- und Abrechnungs-Software, die es erlauben, bei privaten Ladestationen mehreren Nutzern separat Rechnung zu stellen. Dadurch kann das Sharing von privaten Ladestationen ermöglicht werden.

Für die Zielgruppe von Anwohnerinnen und Anwohnern ohne eigenen Parkplatz lancierte ewb 2019 in Zusammenarbeit mit der Stadt Bern ein Pilotprojekt mit Ladestationen im öffentlichen Strassenraum.² Das Pilotprojekt hat eine Laufzeit von 18 Monaten und soll Erkenntnisse zu Nutzungsverhalten, Zahlungsbereitschaft und Akzeptanz von E-Ladezonen in Parkkartenzonen sowie zur idealen Hardware (Ladestationen) und optimalen Leistung (kW) liefern. Die Auswertung der Ergebnisse sowie die Ausarbeitung eines allfälligen Rolloutplans sind frühestens im Frühling 2021 zu erwarten.

In den Jahren 2018 und 2019 wurde im Auftrag von ewb der in der Stadt Bern bis 2035 zu erwartende Ladebedarf pro Hektare mit Szenarien hochgerechnet. Welcher Anteil davon auf Privatboden oder im öffentlichen Strassenraum zur Verfügung gestellt wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der sehr unterschiedlichen Ausgangslage der Quartiere bezüglich Autobesitz und Parkierung noch unklar. Die Frage wird im Rahmen der laufenden konzeptionellen Arbeiten zur Erfüllung der Aufträge und Forderungen in den erwähnten Vorstössen zur Elektromobilität geklärt werden.

Vor diesem Hintergrund beantragt der Gemeinderat eine Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts zum vorliegenden Postulat bis 30. Juni 2021.

¹ Postulat Fraktion BDP/CVP (Michael Daphinoff, CVP/Martin Schneider, BDP): Fördermassnahmen für mehr Elektromobilität in Bern; Punkt 3 ([2018.SR.000022](#));
Postulat Fraktion SP (Benno Frauchiger, SP): Elektromobilität für alle – Anwohnerparkplätze mit Stromanschluss ([2018.SR.000023](#));
Interfraktionelle Motion GLP/JGLP, BDP/CVP, SP/JUSO, GFL/EVP (Matthias Egli, GLP/Michael Daphinoff, CVP/Benno Frauchiger, SP/Franziska Grossenbacher, GB/Matthias Stürmer, EVP): Elektroautos als Teil der Mobilität in Bern anerkennen und geeignete Anreize schaffen ([2018.SR.000049](#));
Interfraktionelle Motion BDP/CVP, GLP/JGLP (Michael Daphinoff, CVP/Lionel Gaudy, BDP/Matthias Egli, GLP): Förderbeitrag für Ladestationen ([2018.SR.000247](#)).

² <https://www.ewb.ch/privatkunden/angebot/mobilitaet/ladeinfrastruktur/oeffentliche-ladestationen/detail>

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion SP (Benno Frauchiger): Elektromobilität für alle – Anwohnerparkplätze mit Stromanschluss, Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 30. Juni 2021 zu.

Bern, 27. Mai 2020

Der Gemeinderat